

Stuttgart, 24. April 2010, Jugendherberge

REGIO 2010: „Teilhabe sichern – Vernetzung im Sozialraum Gemeinde“

Dr. Gustav Schöck: „20 Jahre Landesverband Gemeindepsychiatrie Baden-Württemberg – Für Teilhabe und Vernetzung“

Geschichte und Position des Landesverbands Gemeindepsychiatrie darzustellen ist – bildlich gesprochen – nicht möglich ohne den Blick nach unten und nach oben zu richten.

Nach unten – besser gesagt – zur Basis schauen heißt: lokales Geschehen vor Ort ins Auge fassen.

Nach oben blicken bedeutet: Entwicklungen in „der“ Psychiatrie und in den Hilfesystemen einbeziehen. Beides kann hier nur in Stichworten angedeutet werden.

Das wichtigste Stichwort beim Blick nach unten heißt: Bürgerinitiativen, Geschehen vor Ort. Ich greife zwei Beispiele heraus:

Im Jahr 1966, vor mehr als 40 Jahren, wurde in Mannheim der „Club 66“ gegründet, angestoßen von einer Sozialarbeiterin der weitab gelegenen Landeslinik Wiesloch. In ihm finden seit dieser Zeit außerhalb der Klinik Freizeitangebote in einem nicht-professionellen Rahmen statt. Psychisch erkrankte Menschen haben mit dem Club eine verlässliche Anlaufstelle. Ich freue mich, dass wie jedes Jahr der „Club 66“ auf unserer Regio vertreten ist.

Das Jahr 1970 ist das Gründungsdatum der Freiburger Hilfsgemeinschaft. Sie entstand als Initiative von Freiburger Bürgern und sozialpolitisch engagierten Studenten. Wichtige Kategorien für das Selbstverständnis des Vereins im Umgang mit seelisch erkrankten Menschen sind: Mitsprache, Mitbestimmung und Mitverantwortung. Integration statt Ausgrenzung, Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben statt Isolation waren und sind Leitideen von Beginn an. Dahinter steht der sozialpolitische Grundgedanke, dass dies nur realisiert werden kann durch das Engagement von Bürgern. Sie lassen bis heute als Bürgerhelfer psychisch erkrankte Menschen erleben, dass sie ganz selbstverständlich gleichberechtigter Teil der Gesellschaft sind. (Klaus Dörner: „Teilhabe an der Gesellschaft nicht ohne die Gesellschaft“)

Auf der anderen Seite versteht sich der Verein als politische Lobby, die durch eine Vielzahl von Aktivitäten daran arbeitet, Vorurteile abzubauen, bessere Lebens-, Arbeits- und Therapiebedingungen zu schaffen. Konkret bedeutet das, dass sich die FHG nicht nur in politischer Gremienarbeit engagiert, sondern dass sie auch als örtlicher Trägerverein Verantwortung übernimmt. Es ist nicht übertrieben, wenn ich sage, dass der Landesverband ohne die Freiburger Hilfsgemeinschaft anders aussehen würde als heute – wenn es ihn überhaupt so gäbe.

So weit der Blick nach unten an die Basis.

Bundesweit hat sich aus solchen und ähnlichen Gruppierungen und Vereinen im Jahr 1976 der Dachverband Psychosozialer Hilfsvereinigungen – heute Dachverband Gemeindepsychiatrie - gebildet. Er hat sich in gewisser Weise auch als Nachfolger des 1935 verbotenen Dachverbandes, des „Verbands Deutscher Hilfsvereine für Geisteskrankte“ verstanden. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass z.Zt. unten auf dem Schlossplatz das Mahnmal der sog. „Grauen Busse“ steht,

jener Busse also, mit denen man im Jahr 1940 über 10 000 Menschen aus psychiatrischen Anstalten und Behinderteneinrichtungen auf die Schwäbische Alb nach Grafeneck bei Münsingen verbrachte, wo sie noch am selben Tag mit Kohlenmonoxyd umgebracht wurden.

Bei der Gründung des Dachverbandes 1975 / 76 wurde der Begriff „Hilfsvereinigungen“ mit Bedacht gewählt. Er sollte zum Ausdruck bringen, dass nicht nur vereinsmäßig organisierte Initiativen und Gruppierungen, sondern auch lose Zusammenschlüsse und Initiativen Mitglied werden konnten.

Der Zeitraum der 70-er Jahre sagt uns zweierlei: Er war die Hoch-Zeit der Bürgerinitiativen. Man hat mit ihnen damals noch Aufsehen erregt. Und: So weit der Blick nach oben – die Psychiatrie hatte sich in Bewegung gesetzt, nicht zuletzt dank der Psychiatrie-Enquete von 1975. An diesem Prozess hatten auch die Bewegungen von unten ihren Anteil.

Die Gründung des Landesverbandes Gemeindepsychiatrie

Im Dezember 1984 hat in Tübingen ein erstes Regionaltreffen der baden-württembergischen Mitglieder des Dachverbands stattgefunden. Man wollte künftig ein mal im Jahr zusammenkommen, um sich an wechselnden Orten einem bestimmten Thema zu widmen und den örtlichen Initiativen einen Auftrieb zu geben. Zur Gründung des Landesverbandes kam es dann nach intensiven Diskussionen und mehreren Vorbereitungstreffen am 1. Dezember 1990 in Stuttgart – etwa 200 m von hier am Sitz des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

Für die Gründung eines Landesverbandes sprachen hauptsächlich zwei Gründe: Zum einen war allen Beteiligten bewusst, dass im Gesundheitswesen die wichtigsten Entscheidungen auf Länderebene fallen. Mit der Gründung eines solchen Verbandes sollte den kleinen Hilfsvereinen sowie den Laien- und Bürgerhelfergruppen eine **Stimme** in der Region verschafft werden. Außerdem sollte unter den örtlich aktiven Gruppen im Land ein tragfähiges Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen, das dieser Stimme auch Nachdruck verleihen könnte.

Der Landesverband hat heute 35 Vereine, Gruppen und Einrichtungen als Mitglieder, darunter drei als Fördermitglieder.

Wie der bundesweit organisierte Dachverband trat und tritt der Landesverband dafür ein, dass in der Psychiatrie, die ja neben der medizinischen auch eine wichtige, oft ausgeblendete soziale Dimension hat, ein intensiver Dialog geführt wird zwischen den vier Gruppen des psychiatrischen Hilfesystems: den Psychiatrie-Erfahrenen, den Angehörigen, den professionellen Helfern und den Bürgerhelfern, den engagierten Bürgern. Jede dieser Gruppen hat eine eigene Erfahrungskompetenz, die gegenseitig respektiert und anerkannt werden sollte. Im Vorstand des Landesverbandes wird dem Rechnung getragen: ihm gehört jeweils ein Vertreter dieser Gruppierungen an.

Die eben angesprochene soziale Dimension möchte ich unterstreichen mit einer Erinnerung an Ursula Zingler. Sie hat irgendwann während der Diskussion eines Vortrags sehr kritisch angemerkt, das darin sehr häufig das Stichwort Versorgung vorgekommen sei, aber nicht ein einziges Mal der Begriff „Hilfe“. Versorgung, so sagte sie mit Recht, sei ein bürokratischer Begriff, aber keiner, der mitmenschliche /

zwischenmenschliche Qualitäten anspreche. Versorgung habe ihrer Meinung nach - so meine Erinnerung – Schubladencharakter.

Wenn ich nun einige wichtige Stationen der Arbeit des Landesverbandes kurz anspreche, weiche ich bewusst von einer chronologischen Darstellung ab: Es hat sehr lange gedauert, bis sich Angehörige und Psychiatrie-Erfahrene öffentlich und selbstbewusst zu Wort gemeldet haben. Beide sind mittlerweile bundes- und auch landesweit organisiert. Im separat edierten Stichwortverzeichnis zur Psychiatrie-Enquete von 1975 kommen beide Begriffe nicht vor. Die in dieser Zeit aufkommende Bürgerhilfe versteht sich im Stichwort „Patientenclubs“ und hieß im Text der Enquete noch „Laienhilfe“. Damals hat – selbst oder gerade – bei den Hauptpropagandisten der Selbsthilfe noch lange Zeit die Meinung vorgeherrscht, dass Psychiatrie-Erfahrene sich im Unterschied zu anderen Selbsthilfegruppen nicht selber organisieren könnten.

Der Vorläufer des Landesverbandes Psychiatrie-Erfahrener, die 1993 gegründete Landesarbeitsgemeinschaft – noch ohne Vereinsstatus – ist mit tatkräftiger Unterstützung des heutigen Jubilars entstanden. Der Landesverband psychosozialer Hilfsvereinigungen hat damals die Erfahrungen aus der Phase seiner eigenen Institutionalisierung hilfreich weiter gegeben. Dieser Gründung war im Jahr zuvor quasi als Initialzündung eine Tagung des Landesverbandes psychosozialer Hilfsvereinigungen vorausgegangen mit dem Thema „Psychiatrie-Erfahrene vertreten ihre Interessen selbst.“ Mir scheint es im Nachhinein fast symbolisch, dass sie in Freiburg stattgefunden hat; denn wie vorhin angesprochen hat die Freiburger Hilfsgemeinschaft in der Frage der Mitbestimmung und Mitverantwortung die Fahne der Psychiatrie-Erfahrenen immer hochgehalten.

Ich bin auch froh, dass wir noch mit Ursula Zingler im Rahmen der Regio 2008 in Nagold das 15 jährige Jubiläum des Landesverbandes bzw. der Landesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener gefeiert haben.

Damit ist nun mehrfach das Stichwort Regio bzw. Jahrestagung angesprochen worden. Auch hier gäbe es ein Jubiläum zu feiern. Parallel zu den Vorbereitungssitzungen für die Gründung des Landesverbandes wurden bereits die ersten Jahrestagungen und Regios abgehalten. Der (damals noch nicht existierende) Landesverband lud im Jahr 1985, vor 25 Jahren also, zum ersten landesweit ausgeschriebenem Erfahrungsaustausch für „Laienhelfer“ nach Esslingen ein. Wegen des noch sehr zurückhaltenden Strukturbewusstseins der Organisatoren gibt es darüber wenig Dokumentarisches. Die Erinnerung an diese erste Regio ist aber für mich Anlass, den damaligen Sozialdezernenten des Landkreises Esslingen, Herbert Müller ins Gedächtnis zu rufen. Er hat die Notwendigkeit des außerinstitutionellen Brückenbaus für psychisch erkrankte Menschen und ihre Verwurzelung in der Gesellschaft gesehen und entsprechende Bemühungen nach Kräften unterstützt.

Bei dieser und den folgenden Tagungen stand die ehrenamtliche Arbeit im Mittelpunkt:

Fünf Jahre später, im Gründungsjahr des Landesverbandes, fand die Regio in Tuttlingen statt. Sie hatte einen ausgesprochen politischen Charakter mit dem Thema „Ehrenamtliches Engagement um jeden Preis?“ Mit dem damaligen ersten Landesbeamten des Kreises Tuttlingen und Vorsitzenden des Psychosozialen Förderkreises Tuttlingen, Volker Kauder, hatten wir einen heute sehr prominenten

Ansprechpartner vor Ort. Ich kann mir vorstellen, dass dieser Kontakt dem Landesverband auch später hilfreich war.

Seit 1993 organisieren die Landesverbände Psychiatrie-Erfahrener und Gemeindepsychiatrie die Regios gemeinsam. Einen besonderen Höhepunkt stellte die Tagung im darauf folgenden Jahr in Tauberbischofsheim dar. Zu dem Thema „Gemeindepsychiatrischer Verbund. Psychiatrie in der Gemeinde - Wege zum Verbund“ war es gelungen, mit Helga Solinger die Gesundheits- und Sozialministerin des Landes mit einem Grundsatzreferat zu gewinnen.

Was bei der Zitierung dieser beiden Tagungen deutlich wird, ist der Umstand, dass mit der Konstituierung der beiden Verbände die Themen einerseits „professioneller“, andererseits aber auch „politischer“ wurden. Und sie bezogen sich – natürlich – stärker auf die Lebens- und Erlebenssituation der Psychiatrie-Erfahrenen.

Das eben genannte Thema „Gemeindepsychiatrischer Verbund“ 1994, wie auch das schon 1991 aufgegriffenen Thema „Tagesstätten“ zeigen, dass bei den Regios immer wieder auch zukunftsweisende Themen angesprochen wurden.

So quasi zwischen den Zeilen gehört beim Stichwort „zukunftsweisende Themen“ auch der Aspekt Arbeit erwähnt. Nicht nur, dass die Regio 1995 in Schwäbisch Gmünd diesem Thema gewidmet war. Mit den Mitgliedsvereinen in Freiburg und Tübingen wurden schon in den 80-er Jahren Versuche gestartet, Menschen mit psychischen Handicaps in die Nähe des ersten Arbeitsmarktes zu bringen. Arbeit und Zuverdienstmöglichkeiten sind bis heute aktuelle Themen.

Mit der angesprochenen „Professionalisierung“ seiner Tagungsthemen wollte der Landesverband gleich mehrere Bestrebungen zum Ausdruck bringen: Professionell in der Psychiatrie Arbeitenden sollten Anregungen erhalten für die Bewältigung der Aufgaben eines gemeinsamen Miteinander; Psychiatrie-Erfahrenen sollte Eigenverantwortung, Mitsprache und Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen ermöglicht werden. Auch der Erfahrungsaustausch mit den Angehörigen sollte gefördert werden. Last but not least ging es natürlich darum, Rolle und Funktion der Bürgerhelfer im psychiatrischen Feld – und im gesellschaftlichen Umfeld zu reflektieren. Die Resonanz, das muss man selbstkritisch einräumen, war nicht immer gleich positiv. Generell kann man aber sagen, dass Psychiatrie-Erfahrene sich immer stärker angesprochen fühlten und dass sich insoweit das gemeinsame Veranstaltungskonzept bewährt hat.

So viel zur Geschichte der Regionaltagungen des Landesverbandes. Ich denke, es würde den Rahmen sprengen, über die bisher erwähnten Themen und Veranstaltungsorte hinaus eine Geschichte der Regios zu schreiben. So viel aber doch noch: Bei der Durchsicht der Tagungsorte lässt sich feststellen, dass sich der Landesverband in einem Punkt politisch äußerst korrekt verhalten hat: Mit Freiburg ist der Südwesten Baden-Württembergs vertreten, mit Heidelberg und Weinheim der Nordwesten. Tauberbischofsheim repräsentiert den Nordosten, Ulm und Biberach den Südosten. Die Mitte des Landes spiegeln Städte wie Esslingen, Ludwigsburg und jetzt Stuttgart wider. Die anderen Orte füllen die Landkarte ordentlich auf: Sigmaringen, Bad Schussenried, Schwäbisch Gmünd, Heidenheim, Freudenstadt, Schömberg, Tuttlingen und Nagold.

Durch seine Anfang der 90-er Jahre gestartete Initiative zeichnet der Landesverband auch mitverantwortlich für die landesweite Etablierung von Beschwerdeinstanzen. Auch hier muss einmal mehr der Name von Ursula Zingler erwähnt werden. Durch ihr Engagement und damit auch die Einbindung des Landesverbandes der Psychiatrie-Erfahrenen erhielten die Bestrebungen zusätzliches Gewicht. Beginnend mit dem Jahr 1994 hat der Landesverband Gemeindepsychiatrie durch einen offenen Arbeitskreis, der über mehrere Jahre regelmäßig getagt hat (Leitung Inge Schöck) den Weg geebnet für den Aufbau dieses wichtigen Elements zur Qualitätskontrolle. Man muss aber ergänzend hinzufügen, dass diese Idee bei der damaligen Ministerin Helga Solinger ein offenes Ohr fand und entsprechend unterstützt wurde. In 29 Stadt- und Landkreisen sind mittlerweile unabhängige Patientenfürsprecher bzw. Beschwerdestellen tätig. Dass inzwischen auch Klinikträger auf ihr eigenes Beschwerdemanagement verweisen, spricht eine deutliche Sprache. Die Patientenfürsprecher und Beschwerdestellen haben sich zu einem offiziell vom Sozialministerium anerkannten Arbeitskreis zusammen geschlossen, der Mitglied im Landesverband Gemeindepsychiatrie ist. Ich sehe es als ein positives Signal des Landesverbandes für die Zukunft, dass er im neu gewählten Vorstand kompetent vertreten ist.

In der Satzung des Landesverbandes sind u.a. Aufklärung der Öffentlichkeit und Abbau von Vorurteilen als Aufgaben verankert. Als wichtiger Stein dafür hat sich im Mosaik der Möglichkeiten der „Welttag für seelische Gesundheit“ am 10. Oktober herausgestellt. Er ist ebenfalls im Jahr 1994 hier in Baden-Württemberg als erstem Bundesland durch den Landesverband angeregt worden. Dieser griff damit eine Initiative der WFMH (World Federation for Mental Health), unterstützt von der WHO (Weltgesundheitsorganisation) aus dem Jahr 1992 auf, die insbesondere die Entstigmatisierung und die Wahrung der Rechte psychisch erkrankter Menschen zum Ziel hatte. Allein schon die in den letzten Jahren von den Krankenkassen ermittelten und immer noch steigenden Zahlen belegen, dass das Problemfeld psychische Erkrankungen und seelische Gesundheit viel stärker als bisher im Fokus stehen müsste.

Der Landesverband Gemeindepsychiatrie hat sich von Anfang an für die Verbreitung des jeweils von der WFMH vorgegebenen Mottos und entsprechender Materialien verantwortlich gesehen. Er wurde und wird dabei durch das Sozialministerium unterstützt. Die Resonanz ist mittlerweile sehr positiv. Etwas außerhalb meiner Rolle als Chronist möchte ich aber hinzufügen: Der Tag ist bei weitem noch kein Selbstläufer. Er braucht auch künftig unser aller Anstrengung. Wir dürfen nicht nachlassen, auf diesen Tag und an diesem Tag vor Ort aktiv zu sein und Politiker und Medien einzubinden. Erst wenn der Welttag für seelische Gesundheit als festes Datum im Terminkalender aller Profis steht, ist er wirklich etabliert. Dieses stete Bohren ist meiner festen Überzeugung nach hilfreicher als einzelne große und spektakuläre Aktionen, denen im Zweifelsfall die Nachhaltigkeit fehlt.

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Psychiatrie gehört zu den zentralen und ureigenen Anliegen des Landesverbandes Gemeindepsychiatrie. Dem trägt er u.a. mit einem Fortbildungskurs Rechnung, der darauf ausgerichtet ist, Unsicherheit im Umgang mit psychisch erkrankten Mitbürgern abzubauen und die eigene Kompetenz als Begleiter zu stärken. Im letzten Jahr wurde er – mit finanzieller Unterstützung des Landes – zum 5. Mal durchgeführt. Das Besondere daran ist, dass das Curriculum in seinen wesentlichen Bestandteilen von Bürgerhelfern für

Bürgerhelfer entwickelt wurde. Bislang wurden mit den Kursen etwa 100 Menschen erreicht. Die Rückmeldungen sind überaus positiv. Besonders hervorgehoben wird, dass die Teilnehmer einen neuen, unverstellten Blick auf das Thema psychische Erkrankung und den Umgang mit Betroffenen gewonnen hätten. Der Landesverband kann sich freuen, dass gleich mehrere „Absolventen“ dieser Kurse an der Tagung teilnehmen und auch jemand für den Vorstand gewonnen werden konnte.

Ein neues Thema hat der Landesverband mit einer erfolgreichen Tagung im Februar dieses Jahres in Heidelberg aufgegriffen. Sie galt der Problematik der psychisch erkrankten jungen Erwachsenen, einer lange Zeit auch in der Reformpsychiatrie kaum wahrgenommenen Gruppe. Diese Tagung war dringend nötig!

Ich komme zum Schluss: Der Landesverband hat in den 20 Jahren seit seiner Gründung viele Anstöße gegeben, manches bewirkt, aber auch verhindert. Er ist in der Psychiatrielandschaft vernetzt – Beispiele, die ich bisher nicht genannt habe, sind der Landesarbeitskreis Psychiatrie, die bisherigen Landespsychiatrietage und das daraus resultierende künftige Landesnetzwerk Psychiatrie. Ein gewichtiges Pfund in diesem Kontext sind die positiven Beziehungen, die der Landesverband Gemeindepsychiatrie zu den Verbänden der Angehörigen und Psychiatrie-Erfahrenen unterhält. Das zeigt über die gestrigen Grußworte hinaus die Praxis der Zusammenarbeit an vielen Punkten und auf vielen Ebenen.

Der Landesverband sollte vor allem darin Mahner bleiben, dass psychische Erkrankung immer auch soziale Komponenten hat. Hier ist bürgerschaftliches Engagement gefordert, um Defizite in den Beziehungen aufzufangen und positive Entwicklungen zu fördern. Dem sollte der Landesverband auch künftig Priorität einräumen. Gleichzeitig darf er nicht aufhören, politischer Mahner zu sein, wenn medizinische und psychosoziale Standards verloren zu gehen drohen.

Im Bericht von der 10. Jahrestagung des Landesverbandes am 15. und 16. April 1994 – diese ominöse Jahreszahl zitiere ich jetzt zum letzten Mal – findet sich als Geleitwort ein längeres Zitat von Hermann Hesse, mit dem ich meinen Bericht beschließen möchte:

„Lebendige und zielbewusste Fürsorge stößt überall auf Hemmnisse und Widerstände in Bürokratismus, Wichtigmacherei, Streberei und dilettantische Unsachlichkeit. Daß das Wichtigste gut und rasch geschehe, das scheitert unendlich oft nur an der Gleichgültigkeit oder gar Feindseligkeit eingesessener Vereine und Instanzen oder – noch häufiger – an persönlichen Interessen und persönlicher Eitelkeit einzelner.

Um solche Widerstände besiegen zu können, ohne Dreiviertel der verfügbaren Energie daran zu verschwenden ... dafür ist ein Zusammenschluss all derer nötig, die zum Helfen fähig und reinen Willens sind. Es gibt deren genug, in hundert Behörden und Vereinen sind einzelne zu finden. Die Besten sitzen irgendwo allein, nachdem sie sich verbittert zurückgezogen haben. Sie alle, die zerstreut keine macht haben gegenüber der Routine der Bürokraten und Gschafelhuber, gilt es zu sammeln, damit sie eine unwiderstehliche, das Gute wirkende Macht werden.“ (Hermann Hesse)